

Ferdinandplatz soll Verwaltungszentrum werden

Derzeit dient der Ferdinandplatz als Parkplatz. Zentral gelegen im Stadtzentrum, neben dem Karstadt-Kaufhaus, soll dort in den kommenden Jahren ein neues Verwaltungszentrum für rund 1.600 Mitarbeiter der Landeshauptstadt Dresden entstehen. Dies hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 22. März 2018 mit breiter Mehrheit beschlossen.

Der Neubau des Verwaltungszentrums, das auch als Technisches Rathaus tituiert wird, soll der Zentrierung der Verwaltungsaufgaben dienen. Derzeit befinden sich die verschiedenen Ämter der Landeshauptstadt Dresden in mehreren Gebäuden, die teilweise extra angemietet werden mussten, über das Stadtgebiet verteilt. Deren Zusammenführung in einem neuen Verwaltungszentrum am Ferdinandplatz soll für mehr Bürgerfreundlichkeit sorgen und verwaltungsintern die Arbeitsabläufe verbessern sowie mehr Flexibilität bei Veränderungen bieten. Weitere Gründe für das Projekt sind eine stetig wachsende Anzahl von Beschäftigten in der Stadtverwaltung sowie nötige Sanierungsmaßnahmen, insbesondere beim Brandschutz, beim dann gegenüberliegenden Neuen Rathaus am Dr.-Külz-Ring.

Die AfD-Stadtratsfraktion befürwortete daher die vorgelegten Projektplanungen, denn eine wachsende Stadt, mehr Platzbedarf für Verwaltungsmitarbeiter, notwendige Sanierungsmaßnahmen sowie technische Anforderungen machen einen Neubau für die Stadtverwaltung unausweichlich. Zugleich machte die AfD deutlich und bekräftigt damit den städtebaulichen Anspruch, dass der nun zu planende Gebäudekomplex hohen städtebaulichen Ansprüchen genügen muss. Auch wurde angeregt, Erfahrungen der Dresdner Partnerstädte, wie zum Beispiel beim neuen Verwaltungszentrum in Coventry, beim Bau von innovativen Zukunftsprojekten in Dresden mit einfließen zu lassen.

Für den Neubau des Verwaltungszentrums am Ferdinandplatz, der bis 2024 abgeschlossen sein soll, werden nach derzeitigen Planungen Kosten in Höhe von ca. 162 Millionen Euro veranschlagt. Zudem sind seitens der Landeshauptstadt Dresden weitere Investitionen in die Verwaltungsunterbringung nötig: der bis 2023 vorgesehene An- und Umbau des Ordnungsrathaus an der Theaterstraße soll rund 12 Millionen Euro kosten, nach der Realisierung des Verwaltungszentrum Ferdinandplatz folgt die zwar geplante aber aufgeschobene Kernsanierung des Neuen Rathauses. Für diese werden ca. 97 Millionen Euro benötigt.

Auf den ersten Blick erscheinen die Neubau- und Sanierungskosten der Stadtverwaltung enorm. , Diese sind aber notwendig, um eine dienstleistungsfähige Verwaltung für die Bürger zu erhalten und die Bürgerfreundlichkeit zu stärken.

Stefan Vogel